

München, 10.05.2023

SPD fordert Jobticket für die Beschäftigten des Freistaats

Wichtige Entlastung für die 700.000 Tarifbeschäftigten und Beamten des Freistaats: Die SPD-Landtagsfraktion will den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes günstigere Fahrten im Nahverkehr ermöglichen und das Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket einführen. Ein solches Angebot macht den Freistaat als Arbeitgeber attraktiver und trägt dazu bei, dass Berufspendlerinnen und -pendler das eigene Auto stehenlassen und mit Bussen und Bahnen zur Arbeit fahren.

Bislang fehlt laut Finanzministerium die haushaltsrechtliche Grundlage, den staatlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Zuschuss zum 49-Euro-Ticket zu bezahlen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher in einem [Dringlichkeitsantrag](#) für die morgige Plenarsitzung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Finanzielle Entlastungen für die Beschäftigten des Freistaats sind angesichts der hohen Lebensmittel- und Energiekosten dringend erforderlich. Der SPD-Bundestagsfraktion war es bei der Einführung des Deutschlandtickets sehr wichtig, dass der preisgünstige Fahrschein auch als Jobticket bezogen werden kann. Sollte sich der Freistaat mit einem Zuschuss von 25 Prozent beteiligen, wäre das Jobticket in Bayern für 34,30 Euro pro Monat erhältlich und damit konkurrenzlos günstig.

Arif Taşdelen, Experte für den öffentlichen Dienst der SPD-Landtagsfraktion: „Einfach einsteigen und losfahren – ohne langes Studieren von Tarifplänen. Und das noch zu einem günstigen Preis. Wir wollen den Beschäftigten des Freistaats ein wirklich attraktives Jobticket anbieten. Der Staat muss ein guter Arbeitgeber sein, er muss seine Beschäftigten finanziell entlasten und er muss die Verkehrswende voranbringen – hier kann er das alles in einem Aufwasch tun.“